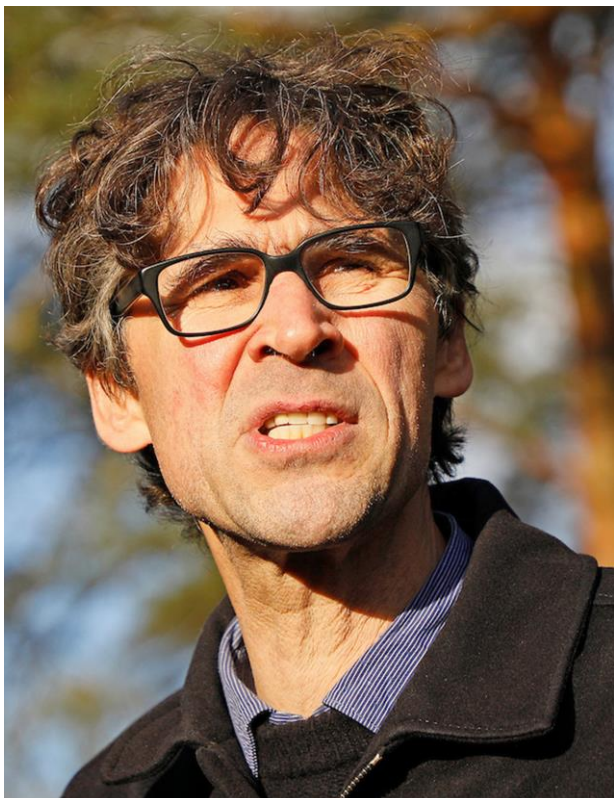


BI Jahresbericht 2018



Martin Donat, Vorsitzender der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Fest verwurzelt

Auch wenn sich wieder einmal runde Jahrestage bedeutsamer Ereignisse wie aktuell „40 Jahre Treck nach Hannover“ nähern, den Gorleben-Archiv, Bauern und BI gebührend flankieren, sind wir doch alles andere, als ein Traditionsverein. Böse Zungen wollten uns ja nachsagen, wir könnten nur mangels lebensfüllender Alternativen vom Thema Atommüll nicht lassen und würden es nicht merken, wenn sich mit Atomausstieg und Standortauswahlverfahren doch alles zum Besseren wende. Angesichts der ökologischen, kulturellen und gesellschaftlichen Fülle des Wendlands ist dies jedoch nur ein infamer Trick, sind es doch in Wahrheit die Atommüllverwalter*innen und Endlagersucher*innen, die von uns nicht lassen wollen. Castorhalle und Fasslager in Gorleben mit ihrem radioaktiven Inventar sind ebenso tägliche Realität, wie auch PKA und Erkundungsbergwerk im Rottleber Tann still die Zeitalter durchrosten und abwarten. Und die Hallen, die dort im Vorbeifahren zu sehen sind, stellen schon nach behördlicher Auskunft nicht mehr dar, als einen „Witterungsschutz“. So tief, wie wir in der Region verwurzelt sind, sind auch autoritärer Staat und Atomindustrie in das Fleisch des Landes eingedrungen und haben langwährende und auch weithin sichtbare Wunden in unsere Gemeinwesen und unser demokratisches Selbstverständnis geschlagen. Die Atomindustrieanlage Gorleben stellt folgerichtig auch die größte Lichtverschmutzung des ansonsten sternklaren Landkreises Lüchow-Dannenberg dar.

Weniger schlecht ist eben nicht dasselbe wie gut

Selbst wenn es auch einigen der Verantwortlichen mit dem Anspruch eines neuen Endlagersuchverfahrens ernst sein mag und wir somit viel erreicht haben, so stolpert die wissenschaftliche Fairness doch spätestens an der Herausgabe privater (industrieller) Geodaten, der (mangelhaften) Bereitstellung durch verschiedene Bundesländer oder der unvergleichlichen Untersuchungstiefe von Regionen. Am augenfälligsten bleibt jedoch, dass objektive und vernünftige Kriterien, die aber unmittelbar zu einem Ausschluss Gorlebens geführt hätten, im Vorfeld bewusst aus dem Verfahren eliminiert wurden. Und am Schlimmsten verhält es sich mit der sogenannten Öffentlichkeitsbeteiligung. Ausgerechnet das Bundesamt (BfE), welches Erkundungsergebnisse und Vorschläge bewerten und am Ende einen Standort vorschlagen soll, ist als Träger der Beteiligung und damit als Moderator bestellt in einem Konflikt, in dem es selber Partei ist. Und so bleibt es nicht aus, dass das BfE in seinem Positionspapier selbst seine doppelbödige Position beschreibt und selbstherrlich die anstehenden Konflikte in „konstruktive“ und „unproduktive“ unterteilt. Unproduktiv wären demnach solche Konflikte, die „das Ziel verfolgen, einzelne Standorte zu verhindern und das Verfahren zu verzögern“. Derartige Konflikte werde man versuchen zu vermeiden, aber ansonsten auch durch eine „begründete Entscheidung beenden“. Nichts Neues also und wenig dazu gelernt. Am Ende werden es wohl doch wieder die Transporte sein, an denen sich die „gesellschaftliche Akzeptanz“ erweisen wird.

Dass wir vor diesem Hintergrund auch zur Demo gegen das Polizeigesetz in Niedersachsen und den „präventiv-autoritären Sicherheitsstaat“ aufgerufen haben, versteht sich von selbst. Dass jedoch das BfE gegen uns als einzigem benannten Standort mit einer Unterlassungsklage ins Feld zieht, versteht niemand mehr.

Atomausstieg light?

Während die GroKo die Klimaziele verreiselt und den Kohleausstieg verzögert, laufen in Gronau und Lingen die Uranaufbereitung und Brennelementproduktion (im Besitz des französischen Staatsunternehmens „Framatome“) für europäische Pannereaktoren ungebremst weiter. Dabei haben zwei Rechtsgutachten des Umweltministeriums belegt, dass die Stilllegung der Anlagen rechtssicher möglich wäre und sprechen sich laut Forsa sogar zwei Drittel der Bevölkerung für diese Stilllegung aus. Mit einer Protestaktion bei den Koalitionsverhandlungen und der überregionalen Demo in Lingen beteiligte sich auch die BI daran, diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Und die GroKo in Niedersachsen hat es schon gar nicht mehr für nötig befunden, atompolitische Ziele überhaupt in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. So kommt es, dass sich Niedersachsen als Bundesland mit den meisten „endlagerhoffigen“ Gesteinsformationen nach einer zumindest in diesem Thema kämpferischen grünen Legislatur nun völlig aus der Endlagerdebatte zu verabschieden scheint. In der Evangelischen Akademie Luccum konnte die BI zumindest dem zuständigen Umweltstaatssekretär die Dringlichkeit niedersächsischer Einmischung vortragen.

Auch wenn ihm die Berechtigung dazu von administrativer Seite abgesprochen wurde, befasste sich das zur Begleitung der Endlagersuche bestellte Nationale Begleitgremium (NBG) eigenmächtig mit der derzeit drängendsten Frage, der (Langzeit-)

Zwischenlagerung von Atommüll. Ein entsprechendes Gutachten kam zu dem Schluss, dass ein unverzüglich zu beginnender partizipativer Diskurs mit der Bevölkerung zur Zwischenlagerung als Lernort für den Endlagerdiskurs dienen könnte, aber zeigte auch das hohe Konfliktpotenzial, z.B. bei der Entscheidung für ein zentrales Eingangslager auf. Positionen, die seinerzeit auch die BI in ihrer Stellungnahme zum Standortauswahlgesetz vertreten hatte, mündeten in der Atommüllkonferenz in einem umfassenden Positionspapier zur Zwischenlagerung, dem sich nach 76 Initiativen und Umweltverbänden nun auch der Landkreis Lüchow-Dannenberg angeschlossen.

Keine Kohle, kein Atom!

Zu den großartigen und partiell sehr erfolgreichen Protesten im Hambacher Forst gegen die weitere Verstromung fossiler Braunkohle reiste die BI nicht nur zur beeindruckenden Großdemo an, sondern Einzelne ließen sich die Luft einer Platzbesetzung a la 1004 auch in Kleingruppen um die Nase wehen. Für Junge und für Alte gleichermaßen war der Schulterschluss zwischen Anti-Atom- und Dekarbonisierungs- und Wachstumswende- Bewegung konsequent, folgerichtig und besonders ermutigend. Der Generationensprung ist gelungen!

Und auch angesichts der desaströsen Klimakonferenz von Katowice zeigt sich einmal mehr, wie erfolgreich und wichtig unsere agile wendländische Abordnung zur Kampagne „Don't nuke the climate!“ war, meint doch auch Gastgeberland Polen seine Klimaziele durch den Bau von 6 Reaktorblöcken bis 2040 zu erreichen. Unseren Leuten gelang es sogar, eine (klitzekleine) Pro-Atom-Demo mittels Fahnen medial umzudrehen. Als größter Erfolg ist aber sicher zu werten, dass auch Umweltministerin Svenja Schulze die Anti-Atom-Resolution zum COP24 mitzeichnete!

Mit dem Anti-Atom-Treck im Braunschweiger Land haben wir wieder einmal den Schulterschluss mit der Asse, Morsleben und dem Schacht Konrad gefunden und eine demokratische Atommüllpolitik eingefordert. Und dass unser Protest sich auch gegen ein Atommülllager Bure, das „französische Gorleben“ richtet, ist eine solidarische Selbstverständlichkeit.

Tue Gutes und sprich darüber

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit der BI könnte es ohne die Gorleben Rundschau kaum geben und ohne das kleine Team um Andreas kaum diese erfolgreiche GR. Für die Modernisierung unseres Internetauftritts konnten wir Jan gewinnen und wer kürzlich einmal auf die Webseite geschaut hat, wird überrascht über diesen frischen neuen (Smartphone-fähigen) Auftritt gewesen sein. Das Gesicht der BI ist aber ohne Zweifel unser „Mitarbeiter“, Allround-Talent und Organisator Torben, ohne dessen versierte Strukturiertheit unser pluralistischer Vorstand so manches Mal böse aufgeschmissen gewesen wäre. Erst zahllose Helfer*innen und eure grenzenlose Solidarität haben auch in diesem Jahr wieder die beeindruckenden Demonstrationen Tausender gegen die Atomanlagen und eine falsche Atompolitik am Gorleben-Tag ermöglicht. Unsere Fachgruppe Radioaktivität arbeitet still aber kontinuierlich im Hintergrund und trägt das komplexe Fachwissen zusammen, das uns informiert und sprechfähig erhält.

Aber nach über 40 Jahren gemeinsamer Geschichte bleiben leider auch Abschiede nicht mehr aus. Mit Marianne von Alemann haben wir wieder eine unserer Ersten verloren, die langjährig Sprecherin der Ini-60 war. Wir werden ihren feinsinnigen Humor vermissen und sind beeindruckt von ihrem messerscharfen Verstand, den sie sich bis zuletzt bewahren konnte. Ihr bewusstes Selbstverständnis und ihr radikaler Humanismus sollen uns Vorbild bleiben. So vermissen wir auch schmerzlich unseren guten Freund Rudi Sprössel, der sich als Gewerkschafter tief in die Materie hineingearbeitet hat und als eigene Instanz an sämtlichen überregionalen Symposien teilgenommen hat. Und mit dem unerwarteten Tod von Francis, der im Angesicht der Atomanlagen nach einer Führung im Wald in Gorleben starb, wurde ein Loch in unsere Mitte gerissen, welches wir nicht wieder füllen können. Uns tröstet, dass er ging, wie er gelebt hatte: wie ein alter Indianer und dicht an der Erde. Weder das BI-Büro, die Fachgruppe Fracking, noch das Orga-Team des Anti-Atom-Sommercamps können seinen Verlust einfach kompensieren- eine BI ohne ihn ist eine andere BI.

Was kommt?

Atomausstieg, Energiewende, der Ausstieg aus der Uranaufbereitung und Brennstabproduktion in Gronau und Lingen, die Rückholung der Asse, die Abkehr vom Schacht Konrad und ein Endlager Bure werden sich wohl kaum in absehbarer Zeit von wunderbarer Hand zum Guten zu wenden. Aber auch in Gorleben ist Nichts ausgestanden. Eine Mauer wird kommen und eine Mauer soll gehen... aber um verantwortbare Zwischenlagerkonzepte und faire Beteiligung werden wir kämpfen müssen. Und die deutschen Endlagerpläne rollen schon aktuell mit den Vorschlägen von Teilgebieten und der Erarbeitung von Kriterien wieder auf uns zu. Und dann wird es nicht unbedingt eine bessere Nachricht sein, sondern vielmehr werden unsere Kenntnisse und unsere Erfahrung auch anderswo gefragt sein, wenn es heißt:

GORLEBEN IST ÜBERALL!

Denn für uns gilt: **Gorleben soll leben! Der Rest der Welt soll's auch!**

Euer

